



CDU-Fraktion in der
Bezirksvertretung



SPD-Fraktion in
der Bezirks-
vertretung



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN in der
Bezirksvertretung

DIE LINKE.

DIE LINKE. in der
Bezirksvertretung



Freie Wähler/WfW
in der Bezirks-
vertretung



FDP in der Bezirksvertretung

*Herrn Bezirksbürgermeister Andreas Bialas der
Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg*

Datum 12.04.2021

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr. VO/0516/21
öffentlich

Zur Sitzung am
20.04.2021

Gremium
BV Langerfeld-Beyenburg

Rückbau der Einzäunung Nordbahntrasse in Höhe "Zu den Dolinen"

Beschlussvorschlag

Die Bezirksvertretung beschließt, die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die unmittelbar hinter den Gartentoren der Grundstücke „Zu den Dolinen“ hin zur Nordbahntrasse errichteten einelementigen Zäune unverzüglich wieder zu entfernen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, zu benennen,

- welche Rechtsgrundlage hierfür vorlag,
- wie viele derartig gelagerte Fälle (Zugang vom privaten Grund zum unbefestigten öffentlichen Straßen- und Wegenetz, welche seitens der Stadt durch Zaunelemente verunmöglicht werden) es in Wuppertal gibt,
- wie die Stadt in derartig gelagerten Fälle in Zukunft umzugehen gedenkt, bzw. wann und mit welchem Umfang sie alle anderen derartig gelagerten Fälle mit Spermaßnahmen belegt,
- wie viel Personal, in welchem zeitlichen Umfang und mit welchen Kosten für die Maßnahmen in der Straße „Zu den Dolinen“ der Zaun errichtet wurde,
- wie bei allen anderen unbefestigten Zuwegungen zur Nordbahntrasse zukünftig verfahren wird.

Unterschrift

E.Hasenclever
A.Grauer

K.Frische

U.Eichler-Tausch

N.Klein

U.Meves-Herzog

Begründung

Bei dem Grundstück „Zu den Dolinen 70b“, 42279 Wuppertal wurde mittels Zaun eine Absperrmaßnahmen vor dem Tor der rückwärtigen Gartenseite errichtet. Ebenso an einem der links daneben liegenden Grundstücke.

Bereits vorher wurde entweder Grünschnitt in nicht unerheblichen Maße vor die privaten Zauntore gekippt, bzw. eine Eisenbahn-Beton-Schwelle davor platziert.

Über den Sachverhalt wurde bereits umfangreich in den Medien berichtet.

Derartige dem Vorgang des städtischen Handelns zu Grunde liegende Sachverhalte dürfte es im Stadtgebiet unzählige geben. Es ist nicht ersichtlich, warum hier bei zwei Privathaushalten in Langerfeld derartig verfahren wurde.